

## Zweckverband Nahverkehr Westfalen – Lippe NWL

37. Sitzung der Verbandsversammlung NWL am 15.03.2016 in Unna

### Öffentliche Sitzung

TOP: 7

Vorlage: 318/16

Aufgabenübertragung an die kvw-Beamtenversorgung

**Berichterstatter:** Herr Bastisch

**Verfasser:** Herr Middelhove

**Kosten:** keine

**Vorberatung:** ☐ Ja ☒ Nein

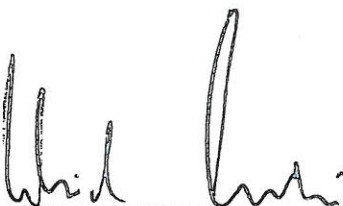
### **Beschlussfassung NWL:**

- Zustimmung der Mitgliedszweckverbände erforderlich: ☐ Ja ☒ Nein
- Falls ja: ☐ ZWS ☐ npH ☐ ZRL ☐ VVOWL ☐ ZVM

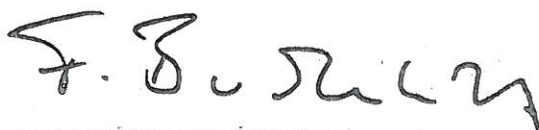
☒ Einfache Mehrheit ☐  $\frac{2}{3}$  Mehrheit ☐ Einstimmig

### **Beschlussvorschlag:**

Der kvw-Beamtenversorgung in Münster wird mit Wirkung vom 15.03.2016 und bis auf schriftlichen Widerruf die Befugnis übertragen, im eigenen Namen und in Vertretung über das Vorliegen eines Dienstunfalls zu entscheiden.



Dr. Ulrich Conradi  
Verbandsvorsteher NWL



Frank Beckehoff  
Vorsitzender der Verbandsversammlung

**Aufgabenübertragung an die kvw-Beamtenversorgung****Öffentliche Sitzung****Begründung:**

Der NWL hat als oberste Dienstbehörde darüber zu entscheiden, ob ein Dienstunfall nach §§ 30 ff. LBeamtVG NRW vorliegt. Nach dem bisherigen Verfahren legt die kvw-Beamtenversorgung dem NWL eine Empfehlung vor, ob das mit der Dienstunfallanzeige geschilderte Ereignis als Dienstunfall anerkannt werden kann. Auf dieser Grundlage trifft der NWL dann seine Entscheidung und teilt sie dem Betroffenen und der svw.-Beamtenversorgung mit.

Die kvw-Beamtenversorgung bietet künftig einen zusätzlichen Service an, der das „Anerkennungsverfahren“ von Dienstunfällen erheblich vereinfacht. Danach besteht nunmehr die Möglichkeit, die Anerkennung eines Dienstunfalls auf die kvw-Beamtenversorgung zu übertragen.

Dadurch ergeben sich für den NWL und seine Beamten folgende Vorteile:

- Die Anerkennung als Dienstunfall erfolgt direkt durch die kvw-Beamtenversorgung.
- Die personalsachbearbeitenden Stellen werden dadurch entlastet.
- Die Beamten haben nur noch einen Ansprechpartner bei der kvw.

Weitere Kosten entstehen dem NWL durch die Übertragung dieser Aufgaben nicht.

Rechtsgrundlage für die Übertragung ist § 92 Abs. 1 Satz 1 LBG NRW in Verbindung mit § 45 Abs. 3 Satz 2 LBeamtVG NRW.

Die Beauftragung muss durch das oberste Beschlussgremium erfolgen.